



Moritz Leiner, Kathrin Petz, Regine Richter (urgewald); Green Legal Impact

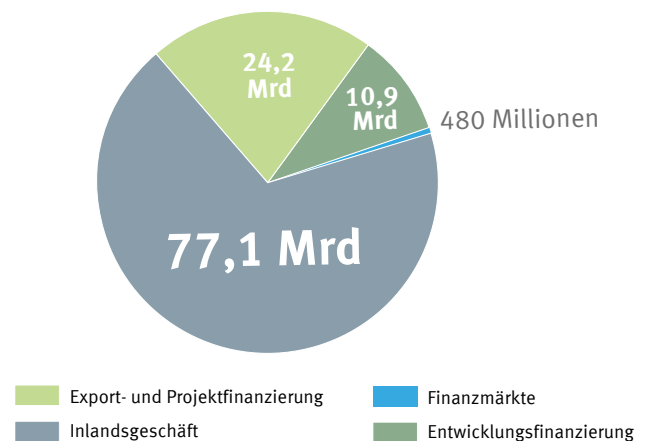
## KfW: Klare Absage an Fossile notwendig!

Die KfW Bankengruppe ist Deutschlands Staatsbank. Sie erklärt über sich selbst: „*Unternehmerisches Handeln und gesellschaftliche Verantwortung gehören für uns untrennbar zusammen.*“<sup>1</sup> Tatsächlich wird die KfW in der Öffentlichkeit als grüne Bank wahrgenommen und finanziert v.a. in Deutschland den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienzmaßnahmen.<sup>2</sup> Es gibt jedoch nach wie vor eine Schattenseite der KfW: ihre fossilen Finanzierungen. Kohle ist davon zwar inzwischen ausgeschlossen, doch gerade im Gasbereich hat die KfW in den vergangenen Jahren im In- und Ausland den Ausbau fossiler Infrastruktur finanziert, von LNG-Terminals über Gaskraftwerke bis hin zu Anlagen der petrochemischen Industrie. Das vorliegende Briefing illustriert einige dieser fossilen Projekte und analysiert die im Dezember 2023 in Kraft getretenen Klima-Sektorleitlinien für den Bereich Öl und Gas und zeigt wo sie Fortschritt bedeuten und wo es ihnen an Ambition mangelt.<sup>3</sup>

### Fördergelder durch die KfW in 2023

Im Jahr 2023 hat die KfW 111,3 Milliarden Euro an Fördergeldern vergeben. Den Löwenanteil davon machte mit 77,1 Mrd. Euro das inländische Fördergeschäft aus. Dazu gehören Studienkredite genauso wie die Bereiche Wohneigentum, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Unternehmenskredite und Kredite an Kommunen. Die Auslandsgeschäfte beliefen sich auf rund ein Drittel des Fördervolumens, hiervon entfielen wiederum 24,2 Mrd. Euro auf die Export- und Projektfinanzierung durch die KfW-Tochter IPEX sowie 10,9 Mrd. Euro auf die Entwicklungsfinanzierung durch die KfW Entwicklungsbank (9 Mrd. Euro) und die KfW-Tochter DEG (1,9 Mrd. Euro). Darüber hinaus gibt es das Geschäftsfeld Finanzmärkte mit dem Green-Bond-Portfolio in Höhe von 480 Millionen Euro.<sup>4</sup>

Förderzahlen der KfW in 2023 (in Euro)



Quelle: [www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details\\_795392.html](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_795392.html)

Die KfW Gruppe veröffentlicht nur teilweise Informationen zu ihren Finanzierungen, beispielsweise im Fall der Entwicklungsbank und teilweise bei der DEG. Informationen zu Krediten der KfW IPEX-Bank hingegen werden nicht publiziert. Eine öffentlich zugängliche Quelle zu den Finanzierungen insbesondere der KfW IPEX-Bank ist die Datenbank IJGlobal<sup>5</sup>. Dort finden sich für 2023 Informationen zu KfW-Geschäften im fossilen Bereich in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar (siehe

Tabelle am Ende des Briefings), was 1,4 Milliarden Euro entspricht bzw. 1,2 Prozent der gesamten Fördersumme. Wegen der eingeschränkten Transparenz kann diese Summe durchaus höher liegen. In jedem Fall sind es Finanzierungen mit schwerwiegenden Auswirkungen – nicht nur auf das Klima, wie die folgenden Beispiele zeigen. Fossile Finanzierungen gehören daher grundsätzlich auf den Prüfstand.

## Flüssiggasterminals, USA und Deutschland (KfW IPEX und KfW)

Die USA haben während der Präsidentschaft von Barack Obama begonnen, ihre Exportkapazitäten für Flüssiggas (LNG) auszubauen, vor allem am Golf von Mexiko.<sup>6</sup> Das dort exportierte Gas wird hauptsächlich durch das extrem umweltschädliche Fracking-Verfahren gewonnen.

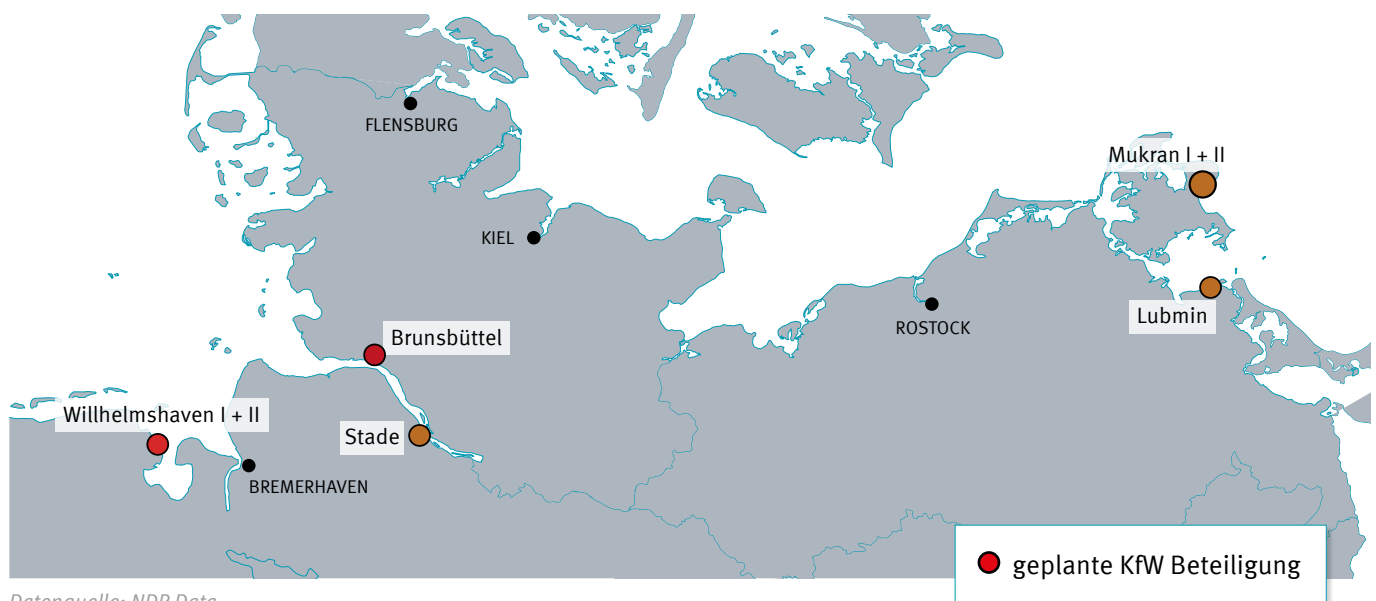
Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine stiegen die USA 2023 zum größten Flüssiggasexporteur weltweit auf. Die profitierenden Unternehmen wollen ihre Exporte weiter steigern und bis 2028 fast verdoppeln.<sup>7</sup> Am Golf von Mexiko sind bis zu 20 neue Projekte geplant, sowohl neue Terminals als auch der Ausbau existierender Anlagen.<sup>8</sup> Die Expansionsprojekte liegen vor allem in wirtschaftlich benachteiligten Gemeinden mit vielen Indigenen, Schwarzen Menschen und People of Color. Doch die Betroffenen organisieren sich, klagen und protestieren bei verantwortlichen Politiker\*innen und Unternehmen. Außerdem wird die enorme Klimaschädlichkeit von Flüssiggas immer offensichtlicher.<sup>9</sup> Und die Politik reagiert: Im Januar verkündete Präsident Biden wegen der

schwerwiegenden sozialen, ökologischen und Klimafolgen ein Moratorium für die Erteilung neuer Exportgenehmigungen. Bestehende Exportgenehmigungen sind davon allerdings nicht betroffen.

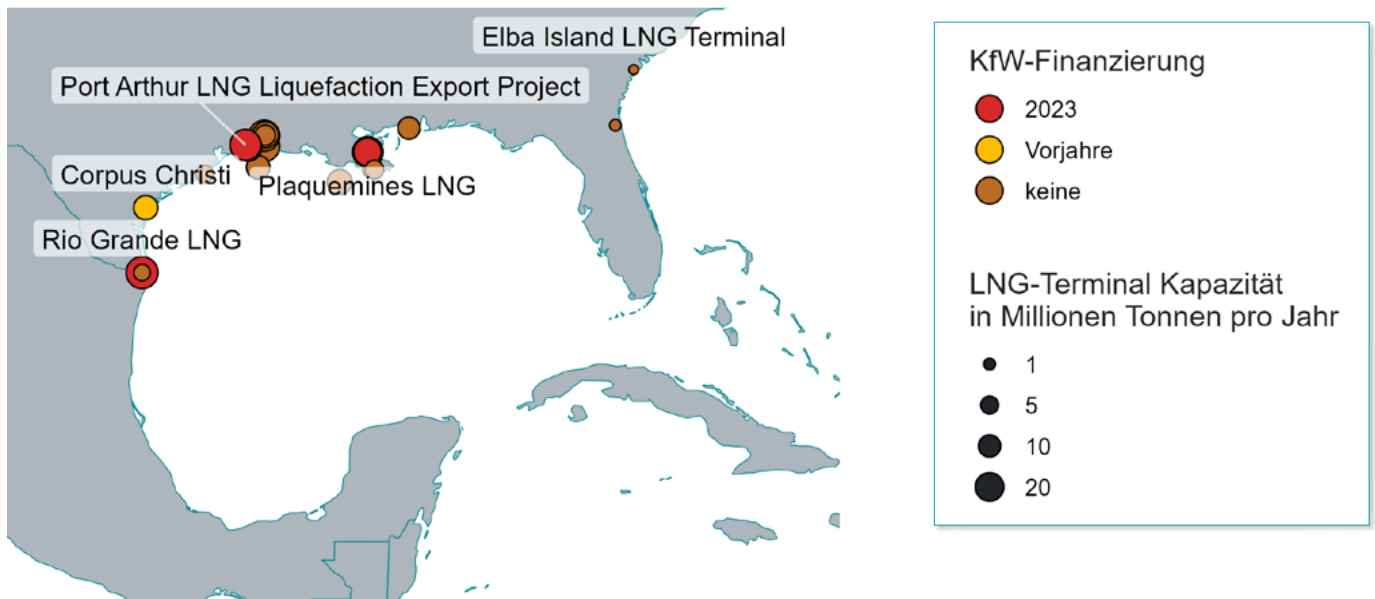
### Die KfW ist auf beiden Seiten des Atlantiks am LNG Ausbau beteiligt:

In Deutschland sind in Wilhelmshaven und Brunsbüttel in kürzester Zeit schwimmende Terminals (FSRUs) in Betrieb genommen worden. Weitere Terminals entstehen in Stade und Lubmin bzw. Mukran auf Rügen. In Brunsbüttel soll das schwimmende Importterminal durch ein festes landseitiges Terminal ersetzt werden, das bis 2026/27 fertig gestellt werden soll.<sup>10</sup> Projektträger ist die German LNG Terminal GmbH, ein Joint Venture aus KfW (50%), Gasunie (40%) und RWE (10%).<sup>11</sup> Auch in Wilhelmshaven soll ein festes landseitiges Terminal gebaut werden, die Bundesregierung will über die Absicherung im Haushalt die Finanzierung des auf 600 Millionen Euro geschätzten Vorhabens über KfW-Kredite sichern.<sup>12</sup>

## LNG Terminals in Deutschland



## USA: LNG-Terminal Expansion im Golf von Mexiko, 2023



Datenquelle: Global Energy Monitor, urgewald e.V.

In den USA finanzierte die KfW IPEX-Bank schon 2017 bzw. 2018 die LNG-Terminals Elba Island in Georgia und Corpus Christi in Texas mit. Hinzu kamen in den Jahren 2022 und 2023 Kredite für die Projekte Corpus Christi LNG Phase III (100 Mio. US-Dollar), Plaquemines LNG Phase II (100 Mio. US-Dollar) und Port Arthur LNG (324 Mio. US-Dollar).<sup>13</sup> Zudem berichtet die Datenbank IJGlobal, dass die KfW IPEX sich im Juli 2023 mit 246,3 Millionen US-Dollar an einem Kredit für das Exportterminal Rio Grande LNG beteiligt hat. Dieses soll im Süden Texas' entstehen, in der Nähe der mexikanischen Grenze. Geschieht dies, fällt auch einer der letzten noch nicht von der fossilen Industrie beanspruchten Küstenabschnitte in Texas dem Flüssiggasexport zum Opfer. Zwei Exportterminals sind dort geplant, wo aktuell Fischerei, Tourismus und artenreiche

Natur florieren. Die neue Gasinfrastruktur mit all ihren Umwelt- und Sicherheitsrisiken bedroht auch die umliegenden Gemeinden. Sie hat Auswirkungen auf Boden-, Luft und Wasserqualität und erzeugt gesundheitsschädlichen Lärm.<sup>14</sup>

Neuerdings trägt die KfW den massiven Klimaauswirkungen der LNG-Terminals zumindest teilweise Rechnung. In der im Dezember 2023 veröffentlichten Öl- und Gas-Sektorleitlinie der KfW Gruppe stehen Flüssiggas-Exportterminals auf der Ausschlussliste, womit die Finanzierung von Rio Grande die letzte ihrer Art gewesen sein dürfte. Die Finanzierung von/Beteiligung an Importterminals wie Brunsbüttel und Wilhelmshaven ist jedoch nach wie vor möglich, wodurch die Produktion und der Export indirekt weiter befeuert werden.

## Gaskraftwerk Unique Meghnaghat, Bangladesh (DEG)

Über ihre Tochter DEG ist die KfW an der Finanzierung des neuen Gaskraftwerks Unique Maghnaghat IPP mit einer Leistung von 584 MW südlich von Dhaka in Bangladesch beteiligt.<sup>15</sup> Für das Gaskraftwerk, das im Februar 2024 den Betrieb aufgenommen hat, hat die Betreibergesellschaft einen langfristigen Stromliefervertrag über 22 Jahre ab Inbetriebnahme, mit der staatlichen Netzbetreibergesellschaft (Bangladesh Power Development Board) geschlossen.<sup>16</sup> Eine garantierte Laufzeit bis 2049 bedeutet einen fossilen Lock-in-Effekt für Bangladesch – ein Land mit einem riesigen Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien. Doch das Kraftwerk ist nicht nur aus den offensichtlichen Klimagründen hochumstritten:

Es gibt momentan in Bangladesch eine massive Überkapazität an Energie. Berechnungen zeigen, dass diese, auch durch die Inbetriebnahme weiterer Kraftwerke, die momentan gebaut werden und trotz Abschaltung alter Kraftwerke, die nächsten Jahre anhalten wird.<sup>17</sup> Gleichzeitig gehen die heimischen Gasreserven zur Neige, weshalb der Betrieb nur durch Zukauf von teurem Flüssiggas gewährleistet werden kann. Dies treibt die Energiepreise in die Höhe. Das Gaskraftwerk könnte durch die bestehenden Überkapazitäten und die nicht wettbewerbsfähigen Energiepreise eigentlich zu einer verlorenen Investition („Stranded Asset“) für die Betreiber werden. Doch durch den langfristigen Stromvertrag, werden





Unique Meghnaghat Power Plant, Photo: Sarmin Akter Bristy/CLEAN

die Verluste staatlich aufgefangen, mit Geld, das dann in den klassisch unterfinanzierten Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Umwelt, fehlen wird.<sup>18</sup> Bangladesch gehört zu den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Ländern, und hat sich zudem das Ziel gesetzt bis 2050 klimaneutral zu werden. Der vom Kabinett genehmigte Mujib Klimawohlstandsplan

(Mujib Climate Prosperity Plan, MCPP) sieht bis 2050 ein Erreichen von 100-prozentiger Stromversorgung durch Erneuerbare vor. Das Unique Meghnaghat IPP-Gaskraftwerk wirkt wie ein Bremsklotz für dieses Vorhaben und versperrt den Weg für den dringend benötigten Ausbau Erneuerbarer Energien.

## Ammoniakanlage, Mexiko (KfW IPEX)

Die KfW IPEX führt seit 2020 ein Bankenkonsortium an, das den Bau einer umstrittenen Ammoniakanlage in Topolobampo im mexikanischen Bundesstaat Sinaloa finanziert.<sup>19</sup> Sowohl der Bau als auch der Betrieb dieser Düngemittelanlage in der von indigenen Gemeinden bewohnten und als Feucht-

gebiet im Rahmen der Ramsar-Konvention besonders geschützten Region sind hochproblematisch. Denn Ammoniak wird bislang weltweit zu 70% aus fossilem Gas hergestellt und schädigt die menschliche Gesundheit sowie Pflanzen und Ökosysteme.<sup>20</sup> Die in Topolobampo geplante Ammoniak-



Protest von „Aquí No“ gegen den Bau der Ammoniakanlage in Topolobampo, Mexiko, Photo: AQUÍ NO - colectivo ecologico





anlage bedroht nicht nur das Ökosystem der Küste, sondern auch die Fischerei als Haupteinnahmequelle der lokalen Bevölkerung. Schon jetzt hat der Bau der bislang noch nicht in Betrieb genommenen Anlage Teile des Feuchtgebietes zerstört.<sup>21</sup> Zudem können schon kleinere Ammoniaklecks zu tödlichen Vergiftungen führen. Die von der Anlage direkt betroffenen indigenen Gemeinden mussten die Durchführung eines Konsultationsverfahrens gerichtlich erstreiten und konnten in

2018 vor Gericht die Suspendierung des Weiterbaus und der Inbetriebnahme der Anlage erwirken.<sup>22</sup> Ein daraufhin in 2022 von den Projektbetreibern durchgeführtes Konsultationsverfahren kritisieren die Gemeinden als unrechtmäßig.<sup>23</sup> Gegen das lokale Protestbündnis „Aquí no“ gab es bereits mehrfach Morddrohungen<sup>24</sup>, doch die Aktivist\*innen wehren sich weiterhin auch rechtlich gegen den Bau der Anlage.

## Klimapolitische und rechtliche Einordnung der KfW-Sektorleitlinien

Die KfW will ihre Finanzierungen in Einklang mit der 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens bringen. Dafür hat sie im Jahr 2021 sogenannte „Paris-kompatible Sektorleitlinien“ für ihre Geschäfte veröffentlicht.<sup>25</sup> Diese Sektorleitlinien wurden in den Jahren 2022 und 2023 überarbeitet und im Dezember 2023 um die Sektorleitlinie „Öl und Erdgas“ ergänzt. Sie wurden laut KfW wissenschaftsbasiert auf Grundlage des „Net Zero Emissions by 2050“-Szenario (NZE Szenario) der Internationalen Energieagentur<sup>26</sup> erarbeitet.

In der Sektorleitlinie „Öl und Erdgas“ werden Bereiche wie die Suche nach neuen Quellen und Förderung von Öl und Gas prinzipiell von einer Finanzierung ausgeschlossen. Ebenso Transport und Lagerinfrastruktur für Rohöl, Rohölterminals und Ölhäfen sowie Öltraffinerien, der Neubau von Erdgasnetzen und -pipelines, der Neubau von Raffinerien für klassische Brenn- und Kraftstoffe sowie LNG-Verflüssigungsterminals, also Exportterminals.

Doch Zuweisungsgeschäfte fallen nicht unter die Leitlinie. Dies sind Geschäfte, zu denen die Bundesregierung die KfW auffordert, wie im Fall der Beteiligung der KfW an der German LNG Terminal GmbH, die das landseitige LNG Importterminal

in Brunsbüttel bauen soll. So hält sich die Bundesregierung die weitere Finanzierung fossiler Projekte jeglicher Art offen, was nicht nur klimapolitisch fragwürdig, sondern auch rechtlich äußerst bedenklich ist (siehe Box).

Die KfW behält sich außerdem selbst die Möglichkeit vor, in Ausnahmefällen – aus Gründen der Energiesicherheit oder aus geopolitischen Erwägungen – auch neue fossile Gasförderung finanzieren zu können. Neben anderen Bedingungen müssten diese laut der Sektorleitlinie mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel sein.<sup>27</sup> Jedoch geht aus dem den Sektorleitlinien zugrundeliegenden NZE Szenario der Internationalen Energieagentur hervor, dass auf dem 1,5-Grad-Pfad keine Notwendigkeit für die Erschließung neuer Öl- und Gasressourcen besteht.<sup>28</sup> Indem die Sektorleitlinien so teilweise noch die Finanzierung neuer fossiler Gasförderung erlauben, ermöglichen sie den Bruch sowohl nationaler als auch internationaler Klimaverpflichtungen Deutschlands (siehe Box). Ein vor der Finanzierung neuer Erdgasvorhaben nötiger 1,5°C-Kompatibilitätstest könnte wissenschaftlich nur negativ ausfallen und eine darauffolgende Finanzierung des Vorhabens wäre mindestens in Anbetracht dieses Gesichtspunkts rechtswidrig.

## Die KfW und Deutschlands nationale und internationale Klimaverpflichtungen

Die KfW Bankengruppe ist als eine Anstalt des öffentlichen Rechts Teil der Bundesverwaltung und somit wie der Bund an Gesetz und Recht gebunden.<sup>29</sup> Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist der Klimaschutz auf nationaler Ebene auch verfassungsrechtlich verankert, daher sind alle staatlichen Stellen an ein auf Klimaneutralität zielendes Klimaschutzgebot gebunden.<sup>30</sup> Dieses umfasst angesichts der globalen Herausforderung des Klimawandels auch eine internationale Dimension.<sup>31</sup> Im völkerrechtlichen Kontext können Finanzierungen durch die KfW aufgrund ihrer Staatsnähe als staatliches Handeln der Bundesrepublik gesehen werden.<sup>32</sup> Das Handeln der KfW muss darum den diversen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden. In Sachen Klimaschutz steht dabei allen voran das Pariser Klimaschutzabkommen und dessen verbindliches 1,5°C-Ziel. Außerdem hat sich die Bundesrepublik im Jahr 2021 im Rahmen des „Clean Energy Transition Partnerships“<sup>33</sup> in völkerrechtlich relevanter Weise dazu bekannt, ab spätestens Ende 2022 dem fossilen Energiesektor keine neue öffentliche Unterstützung mehr zu gewähren. Dabei hat sie

auch die von den NZE Szenarien vorgezeichnete Notwendigkeit der Abkehr von der Produktion und Nutzung fossiler Brennstoffe anerkannt.<sup>34</sup> Zudem bindet das deutsche Klimaschutzgesetz (KSG) Träger öffentlicher Aufgaben und damit auch die KfW über ein sogenanntes Berücksichtigungsgebot.<sup>35</sup> Hiermit sind diese dazu verpflichtet, die Vereinbarkeit verursachter Emissionen mit den Klimaschutzvorgaben des KSGs zu berücksichtigen. Dabei muss der völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Rahmen respektiert werden. Im Ergebnis hat die KfW Bankengruppe bei ihren (Finanzierungs-)Entscheidungen Klimaschutzbelange, inklusive der 1,5-Grad-Grenze, verpflichtend einzubeziehen. Daraus folgt unter anderem, dass die im Rahmen der Sektorleitlinien vorgesehenen Ausschlüsse bzw. Steuerungen sowie insbesondere die Ausnahmen transparent, nachvollziehbar sowie an wissenschaftlichen Standards orientiert sein müssen.

*Rechtliche Einschätzung: Green Legal Impact*

Die klimapolitischen Probleme der Leitlinien enden jedoch nicht hier: Aus dem NZE Szenario der Internationalen Energieagentur (IEA) leitet die KfW ab, dass keine LNG-Exportterminals mehr finanziert werden können, LNG-Importterminals hingegen bleiben finanzierbar.<sup>36</sup> Doch das zugrundeliegende NZE Szenario sieht keinen zusätzlichen Bedarf an LNG-Importterminals vor. Stattdessen schreibt die IEA in ihrem World Energy Outlook 2023, im NZE Szenario bestehe bei bis zu 75% aller derzeit im Bau befindlichen LNG-Projekte (egal ob Export- oder Importterminal) das Risiko, dass Geldgeber ihre anfänglichen Investitionen nicht vollständig zurückerhalten. Zudem würde wahrscheinlich ein großer Teil des Gases auf einem überversorgten Markt verkauft.<sup>37</sup> Im NZE Szenario sind in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre gar keine neuen LNG-Projekte erforderlich und die Beschaffung von zusätzlichem Gas aus bestehenden Projekten sei besser mit den kurzfristigen Sicherheitszielen und den globalen Klimazielen vereinbar als die Unterzeichnung von Verträgen zur Unterstützung neuer Projekte mit langer Vorlaufzeit.<sup>38</sup> Die weitere Finanzierung neuer LNG-Importterminals ist damit eine Wette gegen die Klimaziele und entspricht spätestens ab 2025 nicht mehr dem

NZE Szenario. Zudem gibt es einen weitreichenden indirekten Effekt solcher Projekte: Weil sich Betreiber von neuen LNG-Importterminals bei LNG-Lieferanten häufig um Langzeitverträge bemühen, treibt die Förderung von Importinfrastruktur indirekt auch den Bau neuer Exportterminals und die damit verbundene Erschließung neuer Gasfelder voran.

Zudem wird bei der KfW die Finanzierung nachgelagerter Bereiche der Öl- und Gasindustrie („Midstream“ und „Downstream“) lediglich von einer „Steuerung“ erfasst. Das heißt, dass ihr Anteil am Gesamtportfolio der KfW nur sehr langsam reduziert wird. Dazu gehören Finanzierungen für LNG-Tanker, bestimmte Öltanker, Gaskraftwerke<sup>39</sup> sowie fossile Raffinerien zur stofflichen Nutzung,<sup>40</sup> ebenso wie Handels- und allgemeine Unternehmensfinanzierungen. Zudem ermöglicht die KfW die Finanzierung von Projekten mit fossilem Wasserstoff und umstrittenen technischen Verfahren zur Abscheidung und Deponierung von CO<sub>2</sub> („Carbon Capture and Storage“ / CCS), also lebensverlängernde Maßnahmen für fossile Produktionsprozesse.



## FORDERUNGEN:

- Die Bundesregierung darf der KfW keine Geschäfte zuweisen, die nicht mit der **1,5-Grad-Grenze im Einklang** stehen.
- Die KfW muss die Möglichkeit, in **Ausnahmefällen** auch neue fossile Erdgasvorhaben finanzieren zu können, **ersatzlos streichen**.
- Die KfW muss Geschäfte zum **Bau neuer fossiler Infrastruktur** wie Flüssiggasterminals oder Gaskraftwerke **ausschließen**.
- Die KfW darf keine Finanzierungen mehr an Unternehmen vergeben, welche **weiterhin im fossilen Bereich expandieren**, egal, ob der konkrete Verwendungszweck der Finanzierung bekannt ist oder nicht.
- Da die KfW eine öffentliche Bank ist, müssen bei der Erarbeitung und Überarbeitung von **sozialen und ökologischen Leitlinien** wie den „Paris-kompatiblen“ Sektorleitlinien zivilgesellschaftliche Positionen (z.B. durch einen Konsultationsmechanismus) einbezogen werden.

## KfW-Finanzierungen 2023

| Geschäft   | Datum          | KfW-Gruppe           | Summe (KfW Anteil)   |
|--|----------------|----------------------|--|
| Finanzierung für den Kauf eines Anteils von 24,1 Prozent am Open Grid Europe Network Gasnetz | März 2023      | KfW IPEX Bank        | 62,5 Millionen Euro (66,52 Mio. USD)   |
| Plaquemines LNG Exportterminal   | März 2023      | KfW IPEX Bank        | 100 Millionen USD  |
| Navigator Terminals UK (Speicher/Lager für Öl- und Gasprodukte)                              | Juni 2023      | KfW IPEX Bank        | 64,99 Millionen USD  |
| Unique Meghnaghat Gaskraftwerk   | April 2023     | DEG                  | 45 Millionen USD   |
| Port Arthur LNG Exportterminal   | März 2023      | KfW IPEX Bank        | 372 Millionen USD  |
| ESENTIA (transportiert Gas aus USA nach Mexiko)  | Mai 2023       | KfW IPEX Bank        | 50 Millionen USD   |
| Topolobampo Ammoniumdüngerfabrik   | September 2023 | KfW IPEX Bank        | Anteil nicht ausgewiesen bei IJGlobal, laut Agaportalseite >200 Millionen Euro |
| Veracruz Ethan-Importterminal  | Oktober 2023   | DEG<br>KfW IPEX Bank | 88 Millionen USD<br>88 Millionen USD   |
| Varo Energy (Schweizerisches Mineralölunternehmen) Unternehmenskredit                        | Juli 2023      | KfW IPEX Bank        | 262,3 Millionen USD  |
| Rio Grande Valley LNG Exportterminal   | Juli 2023      | KfW IPEX Bank        | 246,3 Millionen USD  |

Liste von Finanzierungen fossiler Projekte durch die KfW, 2023, Quelle IJGlobal<sup>41</sup>



## Endnoten

- 1 <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/%C3%9Cber-die-KfW/Nachhaltigkeit/Unser-Nachhaltigkeitsanspruch/>
- 2 <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Energie-und-Umwelt/>
- 3 <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/%C3%9Cber-die-KfW/Nachhaltigkeit/Strategie-Management/Sustainable-Finance/Sektorleitlinien/> S. 15 ff.
- 4 [https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemittelungen-Details\\_795392.html](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemittelungen-Details_795392.html)
- 5 Es handelt sich um eine nicht öffentliche Datenbank. Bei Interesse an den Rohdaten bitten wir um Anfrage.
- 6 <https://www.reuters.com/article/idUSL1N0G8111/>
- 7 <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2024/01/26/fact-sheet-biden-harris-administration-announces-temporary-pause-on-pending-approvals-of-liquefied-natural-gas-exports/>
- 8 <https://www.ferc.gov/media/us-lng-export-terminals-existing-approved-not-yet-built-and-proposed>
- 9 <https://www.newyorker.com/news/daily-comment/a-smoking-gun-for-bidens-big-climate-decision>
- 10 [https://www.kfw.de/stories/energiesicherheit\\_film.html](https://www.kfw.de/stories/energiesicherheit_film.html)
- 11 [https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details\\_697152.html](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_697152.html)
- 12 [https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/uber\\_uns/presse/presseinformationen/finanzierung-des-avg-wilhelmshaven-nimmt-entscheidende-hurde-227232.html](https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/uber_uns/presse/presseinformationen/finanzierung-des-avg-wilhelmshaven-nimmt-entscheidende-hurde-227232.html)
- 13 [https://www.duh.de/fileadmin/user\\_upload/download/Projektinformation/Energiewende/LNG/230420\\_Factsheet\\_Investitionen\\_Ins\\_Klima-chaos.pdf](https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/LNG/230420_Factsheet_Investitionen_Ins_Klima-chaos.pdf), S. 4f.
- 14 [https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/US-LNG%20Report%202024\\_RAN\\_Public%20Citizen.pdf](https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/US-LNG%20Report%202024_RAN_Public%20Citizen.pdf), S. 14
- 15 <https://www.tbsnews.net/economy/stocks/unique-meghnaghat-power-limited-signs-463m-foreign-loan-agreement-599326>
- 16 [https://www.re-course.org/old/wp-content/uploads/2022/12/UMPLBuildingonFabricatedCausesDec2022\\_compressed-2.pdf](https://www.re-course.org/old/wp-content/uploads/2022/12/UMPLBuildingonFabricatedCausesDec2022_compressed-2.pdf)
- 17 [https://www.re-course.org/old/wp-content/uploads/2022/12/UMPLBuildingonFabricatedCausesDec2022\\_compressed-2.pdf](https://www.re-course.org/old/wp-content/uploads/2022/12/UMPLBuildingonFabricatedCausesDec2022_compressed-2.pdf) (Seite 6); <https://ieefa.org/resources/streamlining-bangladeshs-power-sector-lesser-overcapacity-and-financial-burden#:~:text=Power%20system%20overcapacity%20will%20continue,including%20a%2031%25%20reserve%20margin>
- 18 [https://www.re-course.org/old/wp-content/uploads/2022/12/UMPLBuildingonFabricatedCausesDec2022\\_compressed-2.pdf](https://www.re-course.org/old/wp-content/uploads/2022/12/UMPLBuildingonFabricatedCausesDec2022_compressed-2.pdf)
- 19 [https://www.kfw-ipex-bank.de/Presse/News/Pressemittlungsdetails\\_602176.html](https://www.kfw-ipex-bank.de/Presse/News/Pressemittlungsdetails_602176.html)
- 20 [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/dokumente/uba\\_kurzeinschaetzung\\_von\\_ammoniak\\_als\\_energetraeger\\_und\\_transportmedium\\_fuer\\_wasserstoff.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/dokumente/uba_kurzeinschaetzung_von_ammoniak_als_energetraeger_und_transportmedium_fuer_wasserstoff.pdf) ; <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftschaedstoffe-im-ueberblick/ammoniak#rechtliche-grundlagen>
- 21 <https://daslamm.ch/indigene-protestieren-gegen-schweizer-ammoniakfabrik/>
- 22 <https://piedepagina.mx/la-suprema-corte-tumba-los-permisos-para-planta-de-amoniaco-en-topolobampo/>
- 23 <https://daslamm.ch/indigene-protestieren-gegen-schweizer-ammoniakfabrik/>
- 24 <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/09/26/estados/denuncian-amenazas-opositores-a-la-planta-de-amoniaco-en-topolobampo/>
- 25 <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/%C3%9Cber-die-KfW/Nachhaltigkeit/Strategie-Management/Sustainable-Finance/Sektorleitlinien/>
- 26 [https://iea.blob.core.windows.net/assets/9a698da4-4002-4e53-8ef3-631d8971bf84/NetZeroRoadmap\\_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalReach-2023Update.pdf](https://iea.blob.core.windows.net/assets/9a698da4-4002-4e53-8ef3-631d8971bf84/NetZeroRoadmap_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalReach-2023Update.pdf) (IEA NZE Roadmap 2023 Update)
- 27 Paris-kompatible Sektorleitlinien der KfW Bankengruppe, Fußnoten 23 und 26.
- 28 [https://iea.blob.core.windows.net/assets/9a698da4-4002-4e53-8ef3-631d8971bf84/NetZeroRoadmap\\_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalReach-2023Update.pdf](https://iea.blob.core.windows.net/assets/9a698da4-4002-4e53-8ef3-631d8971bf84/NetZeroRoadmap_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalReach-2023Update.pdf) (IEA NZE Roadmap 2023 Update) S. 16, S. 75 f., S. 92, S. 105
- 29 § 1 Abs. 1 S. 1 Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau i.V.m. Art. 86, Art. 20 Abs. 3 GG; Freya Carolin Siekmann, Die öffentlichen Förderbanken in Deutschland (2022) 78, 185 f.
- 30 BVerfG, Beschluss vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs202103241bvr265618.html> , Leitsätze 1-5 („Klimabeschluss“).
- 31 Ebenda Leitsatz 2 c.
- 32 In Anwendung des völkergewohnheitsrechtlich anerkannten Artikelentwurfs für Die Verantwortlichkeit von Staaten für völkerrechtswidriges Handeln der Völkerrechtskommission (ILC 2001).
- 33 Ursprünglich als „Glasgow Statement“ bekannt: <https://web.archive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20230313124743/https://ukcop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>
- 34 Das Statement ist zwar als solches nicht verbindlich für die Auslegung des Pariser Klimaschutzabkommens, äußert aber dennoch konkrete Wertungen, mit denen das Abkommen, sowie ferner die nationale Rechtsordnung Deutschlands ausgelegt werden können. So muss bei der Auslegung und Anwendung deutschen Rechts sichergestellt werden, dass dieses mit den völkerrechtlichen (Klimaschutz-)Verpflichtungen Deutschlands im Einklang steht.
- 35 Art. 13 Abs. 1 KSG
- 36 Sie sollen wie auch andere Öl- und Gasgeschäfte kontinuierlich abnehmen, somit nach unten „gesteuert“ werden.
- 37 <https://iea.blob.core.windows.net/assets/86ede39e-4436-42d7-ba2a-edf61467e070/WorldEnergyOutlook2023.pdf> S. 140
- 38 <https://iea.blob.core.windows.net/assets/86ede39e-4436-42d7-ba2a-edf61467e070/WorldEnergyOutlook2023.pdf> S. 219-220
- 39 Gaskraftwerke sind nicht in der Sektorleitlinie „Öl und Erdgas“, sondern unter der Sektorleitlinie „Stromerzeugungssektor“ erfasst.
- 40 Wie z.B. in der chemischen Industrie.
- 41 Es handelt sich um eine nicht öffentliche Datenbank. Bei Interesse an den Rohdaten bitten wir um Anfrage.